

Adalbert Evers/Juan Rodriguez-Lores

Kommunale Politik und soziale städtische Bewegungen

Die bisherige theoretische Diskussion

Die theoretische Diskussion um den Zusammenhang von sozialen städtischen Bewegungen und kommunaler Politik hat in der BRD erst vor wenigen Jahren begonnen. Kennzeichnend ist, daß dieser Diskussion keine umfassende Bewegung in der Bevölkerung vorausgegangen ist und umgekehrt bis heute wohl keiner der in ihr vertretenen Denkansätze und Perspektiven als ideologische Unterstützung zur Potenzierung der praktischen Bewegung gewirkt hat. Diffusität, wechselseitige disziplinäre Abschottung und mangelnde organische Verbindung mit der Praxis charakterisieren dabei auch die kritischen theoretischen Arbeiten.

Die kritische, marxistisch fundierte oder auch nur beeinflusste theoretische Debatte begegnete zunächst dem Thema „Kommunalpolitik“ und „Bürgerinitiative“ mit äußerstem Mißtrauen. In Frontstellung zur Theorie und Praxis sozialdemokratischer Politik (und auch ihrer „linken“ (Juso)varianten in der Kommunalpolitik) bemühte man sich eher, herauszuarbeiten, was in der kommunalen Politik *nicht* möglich ist. Herausgestellt wurden einseitig die Zwänge und Restriktionen: die Funktionalisierung und Unterordnung der Kommunen in einem zunehmend zentralisierten Staatsapparat, ihre Ohnmacht gegenüber den mächtigen konzentrierten und zentralisierten Kapitalinteressen. Außerdem gab es in dieser theoretischen Debatte der Linken (sehen wir einmal von den Jusos ab) auch keinen praktischen Zwang, herauszuarbeiten, was gegenüber und in der Institution Kommune *dennoch* möglich sein könnte, denn die radikale Linke war kaum in den neuen sozialen Bewegungen und erst recht nicht in den politischen und administrativen Institutionen der Kommune präsent. Mißtrauen und Distanz prägten zunächst aber auch die theoretische Reflexion von „Bürgerinitiativen“ in einer Situation, in der man gerade erst begann, sich die marxistische Analyse als ein Instrument der Gesellschaftsanalyse unter dem Blickpunkt praktischer Veränderung anzueignen. Zwei Faktoren wirkten in diesem Sinne: a) die aus dem theoretischen Studium abgeleitete

te Annahme, daß auch in der BRD jedwede oppositionelle Bewegung sich von Anfang an als Klassenbewegung artikulieren müsse und damit b) der eigentliche Schauplatz der Kämpfe Betrieb, Büro und Fabrik, der eigentliche Gegner das private Kapital sei. Insofern erscheinen die Bürgerinitiativen nicht nur aufgrund ihrer sozialen Zusammensetzung sondern auch aufgrund ihrer Orientierung an den staatlich-kommunalen Institutionen als suspekt. Heute, nachdem sich praktisch erwiesen hat, daß diese Initiativen soziale Konflikte politisieren, in denen objektiv Klasseninteressen und -konflikte enthalten sind (die Miete, die sozialen Dienstleistungen etc.) und es der herrschenden politischen Praxis in Staat und Kommune nicht gelungen ist, sie zu einem Instrument ihres politischen Willens zu machen, werden sie von der Linken neu „entdeckt“. Gleichwohl droht auch dabei eine idealistische Betrachtungsweise beibehalten zu werden, die in zwei verschiedene Richtungen auseinanderläuft:

- eine Richtung projiziert ihre spontanistischen Mythen und ihre abstrakten Alternativen auf diese Bewegung: sie soll zum Träger ihrer Vorstellungen von Gegenkultur, Gegenöffentlichkeit, alternativer Organisationsformen u.a.m. werden, die die bestehenden politischen Institutionen, Parteien, Bürokratien subversiv unterlaufen können. Von dieser Bewegung getragen und in ihr aufgehoben muß die Linke sie nur noch „radikalisieren“. Fragen nach den Vermittlungsmöglichkeiten und -formen zwischen sozialen städtischen Bewegungen und Arbeiterbewegung, zwischen Parteien/Organisationen der Linken und den Bewegungen, zwischen der vorhandenen institutionellen Struktur und der entstehenden gesellschaftlichen Gegen-Macht erscheinen unsinnig oder falsch gestellt in einer Perspektive, die keine (auch keine linken!) Parteien sondern nur noch „Bewegungen“ kennen will und die gegenüber all diesen politischen und gesellschaftlichen Institutionen Enthaltsamkeit, radikalen Bruch oder ein rein taktisches „Benutzen“ predigt.
- eine andere Richtung insistiert dem-

gegenüber richtigerweise auf der Notwendigkeit der institutionellen Umsetzung einer gesellschaftlichen Gegenmacht, die auf der führenden Rolle der Arbeiterbewegung gründen soll. Das gerade für die BRD mit ihren noch schwachen und vereinzelt Ansätzen von tatsächlichem Arbeiterwiderstand (sei es nun mit oder ohne gewerkschaftliche Unterstützung) schwierige Problem der Verwandlung *sozialer Bewegungen* in eine *Klassenbewegung* wird jedoch hier in einer bestimmten Weise zu lösen versucht: indem kurzerhand die gegenwärtigen Gewerkschaften mit der „realen Arbeiterbewegung“ gleichgesetzt werden. Verbindung (städtischer) sozialer Bewegungen zu Ansätzen von Klassenbewegung heißt dann als „gewerkschaftliche Orientierung“, sich einzuordnen in den Rahmen, den die vorhandene gewerkschaftliche Programmatik und Praxis vorschreibt. In dieser Perspektive bleibt jedoch nicht nur unklar, wie in diesem Rahmen die Beziehung zwischen Bürgerinitiativen und gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretern nicht nur deklamatorisch sondern in einer gemeinsamen Praxis gestaltet werden sollen; es wird auch verschwiegen, daß nur bei Orientierung auf eine unabhängige politische Kraft eine solche „gewerkschaftliche Orientierung“ einen praktisch-politisch verändernden Sinn erhält, es möglich macht, herrschenden politischen Optionen *in der Gewerkschaft politische Alternativen mit Konsequenzen für das gewerkschaftliche Handeln* entgegenzustellen. Betrachtet man die DKP als einen solchen politischen Orientierungspunkt, dann wird klar, warum viele Propagandisten „gewerkschaftlicher Orientierung“ über die damit notwendig verbundene „politische Orientierung“, innerhalb derer eine solche Empfehlung erst ihren Sinn erhält, lieber schweigen.

Wir meinen nun, daß entscheidende Fragen, die hier in einer bestimmten Weise aufgegriffen werden, nach wie vor offene und anders beantwortbare Fragen darstellen. Als Material für eine Diskussion darüber haben wir im Schwerpunktteil

dieses Heftes neben den deutschen Texten auch einen italienischen, französischen und spanischen Text aufgenommen. Dabei gehen wir davon aus, daß durch die Darstellung der Probleme einer wesentlich entfalteteren Praxis der Linken in der lokalen und kommunalen Politik dieser Länder etwas von den Problemen und Fragen besser sichtbar wird, denen heute in der BRD sowohl die „Bürgerinitiativen“ wie auch die reformerische und die sozialistische Linke nicht länger ausweichen können (und wie sich an den Beispielen im „Dossier“ zeigt, auch zu stellen versuchen). Diese Fragen, die in allen vorgelegten Texten immer wieder auftauchen, lauten nach unserer Ansicht.

- wie können vorhandene Bewegungen u.a. auf lokaler und kommunaler Ebene ihre Vereinzelung überwinden?
- wie kann die vorhandene Trennung zu aktiver betrieblicher Interessenvertretung, zu Ansätzen gewerkschaftlicher Politik überwunden werden, die von der herrschenden Macht nicht als kommunalpolitische Fragen und Probleme akzeptiert werden?
- wo liegen dabei die tatsächlichen politischen Gemeinsamkeiten der verschiedenen sozialen Bewegungen gegenüber den Kräften, die in der Stadt und in Stadtrat und Adeministration dominieren?
- wie kann sich ein positives Verhältnis zwischen städtischen sozialen Bewegungen und politischen Kräften der Linken entwickeln, damit aus der sozialen Opposition eine kommunal-politische Alternative entsteht? Und wie kann dann das Verhältnis zwischen gesellschaftlicher (außerparlamentarischer) und innerinstitutioneller (parlamentarischer) Kampfpraxis bestimmt werden?

Wie wichtig in der BRD eine Diskussion und Beantwortung solcher, wie wir meinen, weithin ungelöster politischer Fragen ist, zeigt sich, wenn man die bisherige Geschichte der lokalen und kommunalpolitischen Auseinandersetzungen verfolgt und die zwei verschiedenen Faktoren, die in erster Linie in diesen Konflikten eine Rolle gespielt haben:

- die Praxis der sozialen städtischen Bewegungen selbst
- Ansätze in der kommunalen Politik, die vor allem von reformerischen Kräften in der SPD initiiert und getragen wurden.

Die sozialen Bewegungen

Bürgerproteste gegen eine stadtzerstörende Verkehrsplanung, Mieterräte zur Sicherung des Rechtes auf Wohnung, Stadtteilinitiativen gegen eine Vertreibung durch Sanierung oder Modernisierung, Jugendinitiativen für ein unabhängiges, selbstverwaltetes Jugendzentrum, all diese „Bürger-

initiativen“, die wir als Aspekte und Teile sozialer Bewegungen in der Produktion, dem Feld der Stadt, den Sozialisationsinstitutionen und anderen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens betrachten, haben in der BRD bestimmte historische Wurzeln: für alle war jene kurzfristige Aufbruchphase westdeutscher Entwicklung wesentlich, die durch außerparlamentarische Opposition einerseits, die Versprechen von „mehr Demokratie“ und „inneren Reformen“ andererseits geprägt war. Andere, mehr in der urbanen und kommunalen Entwicklung selbst verwurzelte Ursachen kommen hinzu: der forcierte Umbau der Städte im Zuge einer zunehmenden Rationalisierung der kapitalistischen Nutzung des städtischen Territoriums, die zunehmende Unfähigkeit der Kommune, eingezwängt zwischen staatlichen Restriktionen und den lokal vorherrschenden Wirtschaftsinteressen, mit ihren gegenüber den gesellschaftlichen Widersprüchen abgedichteten und verhärteten Institutionen Gesprächspartner der Bürgerproteste oder auch nur ein Mittel zu ihrer Kanalisierung zu sein; die Unfähigkeit des herrschenden Städtebaus, mit eigenen Leitbildern eine einheitliche ideologische Antwort auf den Protest der städtischen Bewegungen zu formulieren.

Auf der anderen Seite ist es bis heute den Bevölkerungsinitiativen kaum gelungen, ein einheitliches und verbindendes Selbstverständnis zu entwickeln; wesentliche Kennzeichen sind: Isolation von einer umfassenden politischen Praxis und den traditionellen Oppositionsorganen wie den Gewerkschaften, Aktions- und Organisationsformen, die diese Isolation mechanisch widerspiegeln, Einengung des Bewußtseins auf die unmittelbaren Probleme innerhalb ihres Entstehungsmilieus. Ihre Selbstverständigungsversuche schwanken zwischen zwei Polen: auf der einen Seite die Integration in den Handlungsspielraum, den ihnen das System allein zuzuweisen bereit ist (Formulierung sachlicher Anliegen, Ablehnung jeder „Politisierung“ der sozialen Forderungen), auf der anderen Seite der Entwurf von Wunschbildern, in denen sich eine Vermittlung zu den in ihrer eigenen Praxis schon enthaltenen objektiv systemüberwindenden Potentialen nur undeutlich und verzerrt andeutet (Bürgerinitiativen als neutrale, unabhängige „vierte Gewalt“).

Wir halten dabei eine These für richtig, die das Grundproblem der Weiterentwicklung von politischer Qualität und Gewicht der sozialen Bewegungen — und auch der städtischen — in der Herstellung einer organischen Verbindung zwischen den Forderungen nach sozialen Reformen und den demokratischen Forderungen nach neuen Entscheidungsstrukturen und einer anderen Art des Regierens und Verwaltens sieht. Während die sozialen Forderungen

in mehr oder minder entwickelter Form meist im Mittelpunkt solcher Bewegungen stehen, sind die politisch-demokratischen Forderungen keinesfalls selbstverständlich — auf jeden Fall nicht in der Entstehungsphase einer Bewegung, die primär auf die Lösung unmittelbarer Probleme abzielt und die wegen des vorgegebenen engen Erfahrungsraumes die erfahrbaren Einschränkungen ihrer kollektiven Freiheitsrechte, den repressiven und diskriminierenden Charakter der Antworten aus Rat, Verwaltung und Parteien noch vorwiegend als ihr eigenes und nicht als ein generelles politisches Problem erfährt. All das läßt heute die politische Qualifizierung der sozialen Bewegungen als eine „basisdemokratische“ Bewegung eher als Programm, denn als den gegenwärtigen Zustand schon treffende Bezeichnung erscheinen.

Als autonome Kraft sind die noch isolierten und eingeengten städtischen Bewegungen bis heute aus dem allgemeinen Prozeß der kommunalen Politik ausgeschlossen geblieben; lediglich punktuell und vorübergehend gelang es ihnen indirekt, durch den Druck von außen vorübergehenden Einfluß zu nehmen. Von sich aus nicht in der Lage, übergreifende Organisations- und Praxisformen zu entwickeln, (sehen wir einmal von Selbstorganisationsversuchen der Umweltbewegung und deren Zweideutigkeit ab) konnten sie als eine unabhängige Bewegung keine allgemeine Legitimation für ein Handeln durchsetzen, das unter Entfaltung seiner verbindenden politisch-demokratischen Momente die Grenzen einer bloßen subalternen und integrierten Mitwirkung überschreitet. In dieser Situation war es für das politische und administrative System auch auf kommunaler Ebene umso leichter, Antworten zu formulieren, die eher auf eine Befestigung, denn eine Auflösung der vorherrschenden autoritativen Politik zielen: entweder die Bevölkerungsinitiativen der Parteipolitik unterzuordnen und sie für ihre Ziele zu antizipieren, oder aber sie zum Bestandteil von „Partizipationsplanungen“, „Diskussionsforen“ und „neuen Entwurfsprozessen“ zu machen, innerhalb derer politische Herrschaftskonflikte und soziale Interessengegensätze, die in der Stadtentwicklung und Planung erscheinen, wieder in stadtplanerische Zielkonflikte, das Gegeneinander von planerischem Gesamtinteresse und dem Einzelinteresse der pluralistischen Betroffenengruppen zurück verwandelt werden.

Hier liegt die prinzipielle Ambiguität von „Bürgerforen“, Planungen mit „Interessenspezifischen Alternativen“ und berufsständisch geprägter Versuche von Städtebauern und Architekten, die Duldung „neuer Entwurfsformen“ als städtebaulicher Experimente durch die herrschende Macht zu erreichen. Daß eine

nicht-bourgeoise soziale Basis die Initiativen vor einer Integration und Vereinnahmung nicht schützt, zeigen auch einige Aspekte des Kampfes der Arbeiterinitiativen im Ruhrgebiet: trotz aller unbestreitbaren Erfolge hinsichtlich ihrer materiellen Ziele droht hier die Gefahr einer falschen Art der Anerkennung, indem das Problem der Erhaltung ihrer Siedlungen in der öffentlichen Diskussion vornehmlich als Frage des philanthropischen Schutzes einer „Arbeiteridylle“ behandelt wird und damit die realen Zwänge und pazifizierenden Ideologien, die historisch einmal die Anlage der Siedlungen mitbestimmten haben, nun sublimiert und zu neuen Werten für die Zukunft stilisiert werden.

Von der Diskriminierung sind dabei gegenwärtig insbesondere jene Initiativen bedroht, die den „Verhandlungspartner“ wechseln und den Gegner bei jenen sozialen und ökonomischen Kräften suchen, die mittelbar und unmittelbar durch ihre ökonomischen Interessen die städtische Entwicklungsdynamik bestimmen: das private Haus- und Grundeigentum, die Baugesellschaften, industrielle Investitionsinteressen. Insoweit sich hier Initiativen durch Mietstreik, Haus- oder Geländebesetzungen gegenüber diesen Gegnern *direkt* zur Wehr setzen, weisen sie gleichzeitig in jene Richtung, in der sich heute am ehesten der politische Handlungsraum der Kommune erweitern müßte: nicht zuerst gegenüber den allgemeinen staatlichen finanziellen und rechtlichen Restriktionen, die sie allein kaum ändern kann, sondern gegenüber jenen Zwängen, die ihr von den auf ihrem eigenen Territorium tätigen Akteuren der Entwicklung auferlegt werden.

Reformerische Ansätze in der kommunalen Politik

Daß kommunale Politik diese lokal wirkenden Zwänge und ihre Folgen für die Natur der städtischen Entwicklung zwar nicht aufheben und negieren, aber doch anders angehen kann, als in der allgemeinen staatlichen Politik und dem Handeln der erdrückenden Mehrzahl aller Kommunen üblich, ist auch in der BRD in einigen wenigen Fällen zu beweisen versucht worden. Hier gibt es eigentlich nur zwei Fälle, in denen eine im Ansatz reformorientierte, demokratische Politik und Planung (zeitweise) auf städtischer Ebene dominierte und sich z.T. auch in einen politischen Widerspruch zur zentralen politischen Macht auf Bundes- und Landesebene setzte: die Kommunen München und Wiesbaden zur Zeit der Dominanz reformerischer und sozialistischer Kräfte in der lokalen SPD, sowie Rat und Verwaltung. Nur hier ist in größerem Umfang versucht worden, das praktisch umzusetzen, was im kommunal-

politischen Programm der Jungsozialisten theoretisch postuliert wurde: durch die „Doppelstrategie“ von Selbstorganisationsprozessen der Stadtbevölkerung und parteilicher innerinstitutioneller Arbeit gesellschaftliche Gegenmacht in kommunalpolitische Macht zur Veränderung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der Stadt umzusetzen.

Dieser in dem kommunalpolitischen Programm enthaltene übergreifende politische Vorsatz ist in der allgemeinen weiteren Entwicklung in sein Gegenteil umgeschlagen. Heute können ehemalige Vertreter der „Doppelstrategie“ wie etwa Wolfgang Roth diese Strategie mit „Vertrauensarbeit der Partei“ gleichsetzen, einer Praxis der beschränkten Anerkennung allein der Bevölkerungsinitiativen, die sich auch zu den Zielen der Parteipolitik bekennen, bei gleichzeitiger Diskriminierung jener Initiativen, die ihren politischen Standpunkt in kritischer Distanz oder auch grundsätzlicher Opposition zu allen herrschenden Parteien, auch der SPD, fixieren.

Wenn man in Bezug auf kommunale Reformversuche etwa das Münchener Beispiel betrachtet, so muß man sagen, daß diese Ansätze heute weitgehend gescheitert sind. Ihre Eliminierung ist jedoch, wie wir meinen, nicht allein das Produkt irreversibler äußerer Zwänge, sondern auch die Folge strategischer Fehler der reformorientierten lokalen Kräfte in der SPD selbst. Für die Rücknahme halbinstitutionalisierter Beteiligungsformen, Maßnahmen der planerischen Bestandssicherung im Citybereich (Rosa-Zonen-Pläne), Maßnahmen und Studien im Bereich der Wohnungs-, Verkehrs- und Siedlungsplanung, kann nicht allein die allgemeine Entwicklung in der Sozialdemokratie verantwortlich gemacht werden, die alternativen Ansätze, gerade dort, wo sie praktisch wurden, den Bewegungsraum zunehmend entzog. Mitverantwortlich für das Scheitern praktischer Ansätze, wie in München, war auch die Tatsache, daß die reformorientierten lokalen Kräfte in der SPD sich für ihre Politik bestenfalls der Unterstützung der *Partei*basis versicherten. Auf das Problem der Herstellung einer dauerhaft funktionierenden Dialektik zwischen den Artikulations- und Willensbildungsprozessen der städtischen Bewegungen auf der einen und ihrer Partei auf der anderen Seite fanden sie jedoch lokal und überlokal keine Antwort. Außerdem wurde das Problem der Verbindung solcher kommunalpolitischer Ansätze zur betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit nicht einmal in Ansätzen in Angriff genommen. Dabei mögen die korporativistischen Selbstbeschränkungen in den Gewerkschaften mit eine Rolle spielen. Tatsächlich gibt es bis heute lokal nur in Frankfurt programmatische Ansätze des DGB zu einer reforme-

rischen kommunalen Politik; die praktischen Grenzen liegen auch hier in der engen Bindung des DGB an die offizielle Politik der SPD auf allen Ebenen, eine Tatsache, die bisweilen zu dem Paradoxon führt, daß die Denk- und Handlungsfreiheiten in der Partei größer als in der Gewerkschaft selbst sind.

Mangelnde Verbindung zwischen städtischen sozialen Bewegungen und parteilicher Politik, Ungleichgewichte zwischen den anspruchsvollen sozialen Reformzielen und den höchst bescheidenen effektiven Veränderungen der politischen Willensbildungsprozesse, geringe Verbindung der kommunalen politischen Strategie zu betrieblichen und gewerkschaftlichen Ansätzen sind nur einige, aber vielleicht die wichtigsten Gründe dafür, daß im Nachhinein die SPD-Rechte leichtes Spiel hatte. Für ihre die Reformansätze liquidierende Politik fand sie auch noch im Wählerverhalten der „schweigenden Mehrheit“ eine Legitimationsbasis. Wenn, wie es in den letzten Jahren fast immer der Fall war, lokale Reformansätze in Partei und Stadtrat neben den Forderungen städtischer Bewegungen herlaufen, sie ignorieren oder zu annekieren versuchen, dann wird auch weiterhin die praktisch-politische Umsetzung sozialer Reformziele politisch scheitern. Selbst eine auf diesen Wegen durchgesetzte Reformmaßnahme ist politisch wertlos, wenn sie von den dadurch positiv „Betroffenen“ bestenfalls als eine Gratifikation, nicht aber als ihr eigener Erfolg begriffen werden kann.

In neuerer Zeit ist es auch der DKP in drei oder vier Städten in der BRD gelungen, einige wenige Vertreter in Kommunalparlamente zu entsenden (u.a. in Bottrop und Marburg). Leider sind unsere Bemühungen, diese politischen Ansätze auch in diesem Heft repräsentieren zu können, gescheitert; dafür waren nur teilweise technische Gründe (Arbeitsüberlastung möglicher Autoren) sondern auch politische Vorbehalte aus den Reihen der DKP selbst maßgebend (so wünschte man u.a. vorher bis ins Detail zu wissen, wer welche Artikel wozu in diesem Heft publizieren würde, eine Haltung, in der nach unserer Ansicht gleichzeitig eine gewisse Anmaßung wie eigene Unsicherheiten und mangelndes Selbstbewußtsein zum Ausdruck kommen). Gerade am Beispiel der kommunalen Praxis der DKP hätte deutlich werden können, ob und wie eine funktionierende Wechselbeziehung zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktion aufgebaut werden kann, aber auch, ob sie den sozialen (städtischen) Bewegungen jene Selbständigkeit und auch politische Offenheit für andere Kräfte der Linken zugesteht, die die Doppelstrategie der Jusos ursprünglich nicht ausgeschlossen hatte, die gängige Abgrenzungspraxis der SPD heute aber verweigert.

Perspektiven

Das Modell Deutschland, der Versuch einer autoritären Krisenlösung, trifft die sozialen Bewegungen, die reformerischen politischen Kräfte und die verschiedenen Gruppierungen der sozialistischen und kommunistischen Linken sicher in einer ungünstigen Phase ihrer Entwicklung. Unsere Darstellung des bisherigen Verlaufs hat versucht, einige der Punkte herauszuarbeiten, von denen Scheitern oder Erfolg dieser Kräfte in der allgemeinen und der städtischen und kommunalen Politik insbesondere abhängig sind. Greifen wir noch einmal diejenigen Punkte auf, die wir schon eingangs als die wohl entscheidenden benannt hatten:

1. Die Vereinzelung der verschiedenen Bewegungen: Gelingt es den herrschenden politischen Kräften, die städtischen Initiativen auf dem Niveau entpolitisiert sozialer Forderungshaltungen zu fixieren, so daß ihre Forderungen marginalisiert und durch ein autoritäres politisches Handeln mehr oder minder befriedigt werden können? Oder lassen sich Formen der Kooperation zwischen verschiedenen Initiativansätzen, sei es lokal oder auch regional, entwickeln, in denen sich ihr Entwicklungsrhythmus angleicht und sowohl der Weg in eine isolierende Radikalisierung wie auch in einen bloßen städtischen Lobbyismus vermieden werden kann?

2. Die Verbindung zu Ansätzen der Klassenbewegung: Gelingt es, wie sich in der Umweltschutzbewegung und bei anderen lokalen Konflikten um Umweltschutz und Industrieansiedlung gezeigt hat, den herrschenden politischen Kräften und rechten Kräften in den Gewerkschaften weiterhin betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertreter und Bürgerinitiativen gegeneinander auszuspielen? Oder ist es möglich, in Konfliktbereichen wie dem Kampf um den Arbeitsplatz, der nicht nur unmittelbar die Interessen der von Arbeitslosigkeit bedrohten, sondern mittelbar die ökonomische Basis der Stadtentwicklung insgesamt infragestellen kann, zu Formen des gemeinsamen Handelns und der dauerhaften Kooperation zu finden? (Vgl. dazu entsprechende Hinweise im französischen Text und dem Text der Aachener SB-Gruppe.)

3. Die politische Qualifizierung sozialer Bewegungen als einer demokratischen Bewegung: Gelingt es den herrschenden politischen Kräften auch auf kommunaler Ebene, die mit den Kämpfen um materielle soziale Interessen objektiv verbundenen Interessen an einer Sicherung und Erkämpfung demokratischer Freiheitsräume wirksam zu unterdrücken, so daß zwischen einer sozialreformerischen Arbeit, die die

autoritäre Struktur der politischen Prozesse nicht infrage stellt und einer bloßen außerinstitutionellen Protesthaltung kein alternativer Weg sichtbar wird? Oder kann es gelingen, dem heute sicherlich defensiven Kampf mit vielen verschiedenen sozialen Zielen, die die Erhaltung bestimmter Arbeits- und Lebensbedingungen betreffen, eine gemeinsame und verbindende *politische Qualität* zu geben, jenes offensive Moment zu entfalten, das in der Forderung nach Erhaltung und Ausbau von Ebene und Kanälen einer wirksamen gesellschaftlichen Mitbestimmung, in „basisdemokratischen“ Forderungen liegen könnte? (Diese Frage wird wohl in allen nachfolgenden Texten angesprochen.)

4. Eine positive Beziehung zwischen den (städtischen) sozialen Bewegungen und politischen Kräften auf kommunaler Ebene: Werden die progressiven und reformerischen politischen Kräfte durch ihre einseitig innerparlamentarisch und innerinstitutionell orientierte Arbeit, werden die Kräfte der radikalen Linken durch eine aufgesetzte Radikalisierung oder einen abstrakten Antiinstitutionalismus weiter von den sozialen städtischen Bewegungen getrennt bleiben, die intuitiv die bevorzugen und anerkennenden Momente dieser zwei verschiedenen Strategien ablehnen? Oder wird es möglich, daß in Bezug auf mittelfristige gemeinsame Interessen Personen, Parteigruppierungen und Organisationen der progressiven und linken Kräfte kooperativ arbeiten und gemeinsam zu einer neuen Haltung gegenüber den sozialen Beengungen finden, in der diese als selbständige Kraft akzeptiert werden? Das wäre eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine funktionierende Wechselbeziehung zwischen einer sozialen demokratischen Bewegung und einer politisch orientierenden Kraft, die die *gesellschaftliche Macht der Bewegung* in eine wirksame innerinstitutionelle Arbeit einzubringen vermag.

ZU DEN EINZELNEN BEITRÄGEN

Allen in diesem Heft zum Schwerpunktthema repräsentierten Texten ist es gemeinsam, daß sie nicht die Funktion haben, den Stand der theoretischen Diskussion wiederzugeben. Dieser Aspekt fließt vielmehr indirekt ein in die Art und Weise, wie hier jeweils versucht wird, praktisch-politische Positionen und Projekte zu definieren, wobei natürlich im engen Rahmen einer Zeitschrift nicht das ganze Spektrum verschiedener in diesen Ländern vertretener Positionen vermittelbar ist. Kriterium für die Auswahl war die tatsächliche Bedeutung der Positionen oder auch behandelten Probleme für die weitere Entwicklung einer lokalen Praxis als kommunaler Politik oder auch als Stadtteilarbeit. Dabei wird

in allen Texten das Bemühen spürbar, kommunale Politik nicht allein aus dem Gesichtspunkt der übergreifenden politisch-strategischen Interessen einer politischen Organisation und Partei zu definieren, sondern dem Entwicklungsstand und den spezifischen Interessen der städtischen Bewegungen Rechnung zu tragen. Damit mag einerseits vermieden werden, daß in einer unmittelbaren Beschränkung auf *städtische* Probleme die darin enthaltenen allgemeinen politischen Fragen negiert werden (eine Gefahr, die gerade in der westdeutschen Situation besonders groß zu sein scheint), andererseits aber auch deutlich werden, daß insbesondere in Frankreich und Italien städtische soziale Bewegungen für die Wahlerfolge der Linken auf kommunaler Ebene eine wesentliche und verpflichtende Rolle gespielt haben, sodaß die ganz praktischen und unmittelbaren Forderungen dieser Bewegungen auf dem Gebiet des Städtebaus, der sozialen Dienstleistungen etc. als ein eigenständiger Faktor in eine Veränderung resp. Neukonzeptionierung kommunaler Politik eingehen müssen.

Bei dem Versuch, die Behandlung urbanistischer und allgemeinpolitischer Probleme zu verknüpfen, wobei die jeweilige Schwerpunktsetzung in den einzelnen Texten differiert, wird nirgendwo so etwas wie eine fertige Theorie der lokalen politischen Praxis zu entwerfen versucht — weder die Utopie einer „sozialistischen Insel“ noch die einer „alternativen Stadt“. Eines wird jedoch durchgehend sichtbar: daß die Grenzen sozialer städtischer Bewegungen und lokaler Politik eindeutig durch das Ausmaß an Entwickeltheit und Klarheit allgemeiner Perspektiven der Linken gekennzeichnet sind.

Es ist *Bruno Dente*, der in seinem Diskussionsbeitrag zur Rolle der italienischen Quartiersräte am radikalsten die politische gegenüber der urbanistischen Perspektive betont. Während bisher diese Institutionen in verschiedenen deutschen Publikationen in Hinblick auf ihre Rolle in einer veränderten städtischen Planung problematisiert worden sind, stellt Dente nun die Frage, wo der gegenwärtige und mögliche zukünftige Beitrag solcher auch durch die speziellen Erfordernisse einer veränderten Urbanistik mit hervorgebrachten Organen im Rahmen einer Politik liegen könnte, die auf einen „*revolutionären Bruch*“ zielt. Dieses Problem wird hier nicht aus der Perspektive der KPI, der Partei mit den wohl größten Erfahrungen in einer alternativen kommunalen Politik, behandelt. Angesichts der Tatsache, daß diese Position noch am ehesten aus verschiedenen Veröffentlichungen bekannt sein dürfte, wird hier eine Position aus der Perspektive jenes Teils der italienischen radikalen Linken präsentiert, die ihre Politik in eindeutiger Frontstellung zur KPI zu entwick-

keln sucht. Der Text wurde Ende 1975 verfaßt, zu einem Zeitpunkt, an dem diese Kräfte noch auf eine Entwicklung nach den damals noch bevorstehenden Nationalwahlen hofften, die nicht zum historischen Kompromiß führen, sondern die KPI zu einer „Linksregierung“ zwingen und ermächtigen sollte (das kennzeichnet die strategischen Überlegungen im letzten Teil). Wie man auch immer die besondere politische Position von Dente beurteilen mag, seine Analyse geht zweifellos einen großen und sicher geführten Schritt über die meisten bislang in der BRD vorliegenden – politisch eher deskriptiven – Darstellungen der Quartiersräte hinaus. Er verdeutlicht die Vielschichtigkeit der politischen Interessen, die sie mit hervorgebracht haben, ebenso, wie die Offenheit ihrer perspektivischen politischen Bedeutung, sowohl als ein Element in einer übergreifenden nationalen Strategie wie auch als ein Instrument im Kampf um die Veränderung der kapitalistischen Nutzung der Stadt im Interesse der Arbeiterklasse und aller damit verbundenen beherrschten Schichten und Klassen.

Der Text von *Xavier Salazar* legt zunächst besonderen Wert darauf, im Hinblick auf die heutigen Stadtkämpfe deren historischen sozialen und ökonomischen Kontext zu beschreiben, der im Unterschied zu Italien und Frankreich in der BRD weit weniger bekannt sein dürfte. Nimmt man die besonderen politischen Bedingungen hinzu, unter denen sich in Spanien in den letzten Jahren z.T. noch unter der Franco-Diktatur die Stadtkämpfe entfaltet haben, dann werden sie sicherlich als noch weit weniger „exemplarisch“ erscheinen als die französischen und italienischen Beispiele. Auch hier wird besonders deutlich, welche allgemeinpolitischen nicht-urbanistischen Momente in die städtischen Konflikte hineingespielt haben: die „barrios“ fungierten in den letzten Jahren der politischen Führungskrise der faschistischen Institutionen vor allem auch als Selbstverteidigungs- und Selbstversorgungsformen der Bevölkerung und als Instrumente des antifaschistischen Kampfes, ohne Bezug auf irgendeine hegemoniale sozialistisch-kommunistische Politik nehmen zu können.

Der französische Text wurde von einer Arbeitsgruppe des CERES verfaßt (Centre d'études des recherches économiques et sociales; Zentrum für ökonomische und soziale Studien, das zugleich einen gewissen organisatorischen Rahmen für den linken Flügel innerhalb der französischen sozialistischen Partei darstellt, dessen Linie etwa ein Viertel der Organisationseinheiten und Mitglieder der Partei repräsentiert). Er ist aus zwei von mehreren Aufsätzen zusammengestellt worden, die in REPERES, dem theoretischen Organ des CERES erschienen. Die Artikelserie sollte die Dis-

kussion über Programm und zukünftige Praxis von sozialistischen Stadträten nach den – wie erwartet für die französische Linke überaus erfolgreichen – Wahlen vorbereiten. Frappierend erscheint nur auf den ersten Blick folgender Widerspruch: eine sozialistische Linke, deren faktische Handlungsmöglichkeiten aufgrund der allgemeinen politischen Situation, der Öffnung der SP nach links zur kommunistischen Partei und schließlich ihrer eigenen Stärke in der Sozialistischen Partei wohl weit größer ist als die der linken Sozialisten in der SPD, führt einen Diskurs, wo „theoretisches Niveau“ und Reichweite der Ansprüche für politisch-demokratische und soziale Veränderungen in der lokalen und kommunalen Politik relativ niedrig angesetzt scheinen – vergleicht man die Aussagen des Textes mit dem, was etwa im kommunalpolitischen Programm der Jusos schon einmal entwickelt schien, oder auch in dem Text von *Arnold Voss* innerhalb der neueren Juso-Diskussion zu entwickeln versucht wird. Für diese Tatsache kann weder der politische Standort (auch die Kommunisten oder sogar die linkssozialistische P.S.U gehen in ihrer Programmatik nicht viel weiter) noch allein die besondere Situation der Kommunen (in einem weit mehr als in der BRD zentralistisch aufgebauten Staatsapparat) verantwortlich gemacht werden. Verantwortlich im positiven Sinne des Wortes scheint uns dafür vielmehr eine politische Praxis, bei der die Horizonte des theoretisch Denknötwendigen und politisch Umsetzbaren in einem engen und tatsächlichen Kontext zur Praxis und nicht als deren ideologische Überhöhung oder gar deren Surrogat entwickelt werden. Wenn das, was hier als reales politisches Projekt für ein reales Subjekt benannt wird, tatsächlich das sein sollte, was unter den gegebenen Kräfteverhältnissen in französischen Kommunen durchsetzbar scheint, wie müßte oder könnte dann hier in der BRD ein politisches und urbanistisches Programm einer progressiven Wählerinitiative oder linken kommunalpolitischen Gruppierung aussehen, das nicht bloße Propaganda sondern konkrete Praxisvorschläge enthielte?

Der Text von *Radek, Woite, Wekel*, zur „modellhaften“ Bürgerbeteiligung in Hannover-Linden macht, bezogen auf unsere deutsche Situation, wohl zweierlei deutlich sichtbar: einerseits die Dilemmata einer sozialdemokratischen kommunalen Politik, die *zwischen* einer bloß zynischen Einbindung von Bevölkerungsiniciativen und einer wirklichen Parteinahme für solche Bewegungen durch eine „geordnete Bürgerbeteiligung“ die herrschenden ökonomischen Interessen mit denen der Bewohner zu versöhnen sucht; andererseits aber auch die Dilemmata der Bevölkerungsiniciativen auf ihrem gegebenen Stand:

weitgehend auf sich allein gestellt, ohne Kontakt zu anderen lokalen Bewegungen und ohne Möglichkeit, in Hinblick auf progressive und linke Teile der SPD eine Kohärenz zu entwickeln, die stärker ist als der Kitt des innerparteilichen Zusammenhalts, müssen sie unterliegen oder drohen sie zu stagnieren: zu unterliegen bei der Unterordnung unter die von oben gesetzten selbstzerstörerischen Spielregeln der „Mitwirkung“, zu stagnieren bei dem Versuch, punktuell einen radikalen Protest zu stabilisieren, dessen isolierter Charakter im Stadtgebiet und im Feld der verschiedenen politischen Institutionen scheinbar nicht durchbrochen werden kann.

Die drei im Dossier zusammengestellten kurzen Texte versuchen hier jeweils Auswege zu zeigen, wobei in ihren Aussagen gewisse Parallelen sichtbar werden, die noch einmal klärend auf das zurückweisen, was wir eben unter dem Stichwort „Perspektiven“ in Form von Fragen formuliert hatten. Dokumentiert werden Möglichkeiten, die sozialen städtischen Bewegungen in sich zu stabilisieren (das Darmstädter Beispiel, die Bemühungen der Aachener SB-Gruppe); hingewiesen wird auf die Notwendigkeit, sich nicht allein pragmatisch von Fall zu Fall mit wechselnden politischen *Personen zu arrangieren*, sondern einen intensiven Dialog und ein einheitliches Handeln in Bezug auf bestimmte Projekte mit den politischen Kräften aufzubauen, die sich als kooperationsbereit und fähig erweisen; an der Schwelle dieser Probleme der Politisierung der städtischen Bewegung steht man wohl im Darmstädter Fall; konzeptionell soll die „Demokratische Initiative“, für die sich die Aachener SB-Gruppe engagiert, eine organisierende Möglichkeit zu einer solchen politischen Kooperation trotz Abgrenzungsgebots bieten. Inwieweit die in dem eher theoretisch-programmatischen Entwurf aus der neueren Diskussion der Jungsozialisten enthaltenen Vorschläge zu einer systematischen „Quartierspolitik“ nicht nur eine interne kommunalpolitische Diskussion beleben, sondern auch dazu geeignet sind, unmittelbar zu praktischer „Basisarbeit“ außerhalb der Partei neu anzuleiten, mag dahingestellt bleiben.

Alle Diskussionsbeiträge legen jedoch eine These nahe: ähnlich wie noch vor einigen Jahren in Italien und Frankreich könnten in Zukunft auch in der BRD kommunale Politik und städtische Bewegungen im Rekonstitutionsprozeß einer zunehmend eindeutiger demokratisch, sozialistisch und klassenmäßig bestimmten Bewegung eine zentrale Rolle spielen. Auf lokaler und kommunaler Ebene werden die progressiven und linken Kräfte zuerst die Kraft gewinnen, um vom gesellschaftlichen Widerstand zur Verdeutlichung und institutionellen Durchsetzung politischer Alternativen voranzuschreiten.